



Liebe Leserinnen und Leser,

Deutschland und Europa spüren die Auswirkungen der Globalisierung. Die wirtschaftliche Entwicklung von China bis in die USA wirken sich auf unser Land aus, die Krisen um Europa beeinflussen den Zustand unseres Kontinentes. Niemand kann mehr sagen, dass Krieg und Not in fernen Ländern uns nicht betreffen – die Folgen erreichen uns schnell.

Deutschland handelt solidarisch mit den Geflüchteten und setzt sich für die Notleidenden in ihrer Heimat ein. Am sinnvollsten ist es, den Menschen vor Ort zu helfen, so dass sie sich gar nicht erst auf den langen Weg nach Europa machen. Hier sind die Ergebnisse der Syrien-Geberkonferenz vom 4. Februar in London mit Zusagen von insgesamt etwa 9 Milliarden Euro für die Flüchtlingshilfe wegweisend. Allein Deutschland beteiligt sich daran bis 2018 mit insgesamt 2,3 Milliarden Euro. Bereits in 2016 werden wir 1,2 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Dies ist ein wichtiges Signal für die Menschen in Syrien und der Region. Es ist enorm schwierig, den syrischen Bürgerkrieg zu beenden, aber daran arbeiten wir mit unseren Verbündeten und Partnern. Die Haltung Russlands und das russische Bombardement syrischer Städte und Dörfer führen jedoch leider nur dazu, dass sich weitere Flüchtlinge auf den Weg nach Europa machen. Wie rasch Einigkeit zu guten Resultaten führen kann, zeigt der durch die Bundesregierung herbeigeführte Einsatz der NATO gegen Schleuserkriminalität in der Ägäis. Mit unseren Bündnispartnern konnte vereinbart werden, dass die NATO die türkische und griechische Küstenwache sowie Frontex unterstützt.

Nach einem zähen Prozess brachten wir zudem in dieser Woche das Asylpaket II auf den Weg, wir wollen es in der nächsten Sitzungswoche beschließen. Es trägt die klare Handschrift der Union. Unsicher bleibt eine Einigung über die sicheren Herkunftsländer der Maghreb-Staaten, über die wir separat abstimmen werden. Die Unions-Fraktion hätte sich gewünscht, dieses gemeinsam im Asylpaket II zu behandeln. Das war leider nicht möglich.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



KURZ UND BÜNDIG

29. Januar

Schlachteneessen der CDU-Cremlingen

30. Januar

Jahresauftakt 2016 der CDA Niedersachsen, Visselhövede

30./31. Januar

Fastnacht Abbenrode

05. Februar

Asse2 Begleitgruppe

05. Februar

CDU-Kreistagsfraktion

8. Februar

Rosenmontagsumzug, Salzgitter-Dahlum

8. Februar

Gemeinsamer Termin mit der A2B-Gruppe und der Endlagerkommission

9. Februar

Unternehmerkarneval im Schloss Wolfenbüttel

10. Februar

Politischer Aschermittwoch des CDU-Kreisverbandes, Salzdhalm

11. Februar

Diskussion zur Zukunft Cremlingen

TERMINE

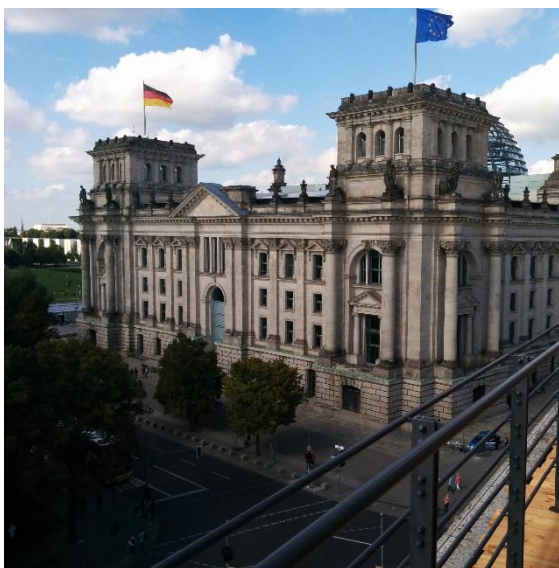
22.-26. Februar

Sitzungswoche in Berlin



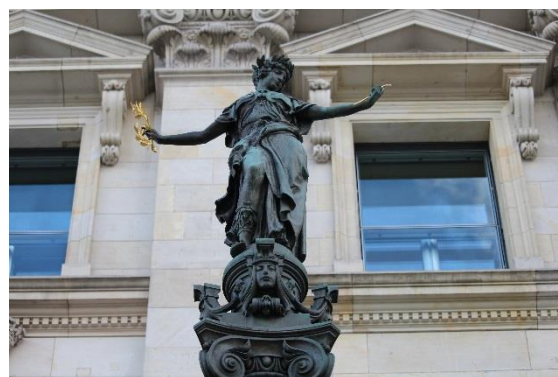
Einer von uns in Berlin –
Sitzungswochen vom 15. bis 19.
Februar 2016

Gesetz zur Einführung beschleunigter Asylverfahren („Asylpaket II“). In erster Lesung wurden Änderungen im Asylgesetz, Aufenthaltsgesetz und im Asylbewerberleistungsgesetz beraten. Sie umfassen neben beschleunigten Asylverfahren für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten, Folgeantragsteller und ihren Mitwirkungspflichten nicht nachkommende Asylbewerber auch die entsprechenden zur Durchführung dieser Maßnahme eingerichteten besonderen Aufnahmeeinrichtungen. Zudem werden wir den Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte für zwei Jahre aussetzen. Flüchtlinge können an den Kosten für Integrationsmaßnahmen beteiligt werden.



Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 18./19. Februar 2016 in Brüssel. Kernthema waren die vom Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk, vorgelegten Vorschläge aus Anlass der Debatte um einen Verbleib Großbritanniens in der EU sein. Das Land strebt ein Referendum über seine EU-Mitgliedschaft an, der Zeitpunkt ist noch offen. Es liegt im Interesse Deutschlands, dass Großbritanniens Mitglied der EU bleibt. Als

zweitgrößte Volkswirtschaft in der EU und strategischer Partner Deutschlands auf zentralen Politikfeldern, wie dem EU-Haushalt, Binnenmarkt, innere Sicherheit und den Freihandel, wäre ein Ausscheiden Großbritanniens ein herber Rückschlag. Unser Ziel ist deshalb klar: Deutschland muss bei dem europäischen Rat die Mittel der Diplomatie nutzen und die Einigungsbemühen unterstützen. Neben den Beratungen zu Großbritannien widmen sich die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten der Bewältigung der Migrations- und Flüchtlingskrise in Europa. Hierbei ging es insbesondere um den besseren Schutz der EU-Außengrenzen.



Gesetz zur erleichterten Ausweisung von straffälligen Ausländern und zum erweiterten Ausschluss der Flüchtlingsanerkennung bei straffälligen Asylbewerbern. Der Gesetzentwurf, den wir in erster Lesung als Konsequenz aus den Ereignissen in Köln in der Silvesternacht berieten, wird die Ausweisung straffälliger Ausländer erleichtern und Regelungen enthalten, mit denen straffälligen Asylbewerbern leichter die Flüchtlingseigenschaft verwehrt werden kann.

Nach den Ereignissen der Silvesternacht in Köln und anderen Städten ziehen wir in zweierlei Hinsicht die richtigen Lehren: Zum einen können straffällige Ausländer künftig leichter abgeschoben werden, zum anderen werden wir straffällige Asylbewerber schneller die Flüchtlingsanerkennung verweigern. Bei Asylsuchenden reicht künftig eine Freiheits- oder Jugendstrafe von mindestens einem Jahr statt bisher von drei

Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



CDU



Jahren aus, um ihnen die Anerkennung zu verwehren. Für alle in Deutschland lebenden Ausländer gelten künftig schärfere Ausweisungsregeln. Seit dem 1. Januar 2016 gilt das neue Ausweisungsrecht, bei dem das Abschiebeinteresse gegen das Bleibeinteresse abgewogen wird. Künftig wird ein schwerwiegendes Ausweisungsinteresse bereits dann vorliegen, wenn ein Ausländer wegen bestimmter Straftaten rechtskräftig zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe verurteilt worden ist, unabhängig davon, ob die Strafe zur Bewährung ausgesetzt ist. Das Ausweisungsinteresse ist dann bereits besonders schwerwiegend, wenn eine rechtskräftige Verurteilung zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe von mindestens einem Jahr erfolgt ist.

Erstes Gesetz zur Novellierung der Finanzmarktvorschriften auf Grund europäischer Rechtsakte (Erstes Finanzmarktnovellierungsgesetz –

1. FinanzG). In erster Lesung berieten wir einen Gesetzentwurf zur Umsetzung europarechtlicher Vorgaben zur verbesserten Transparenz sowie Integrität der Märkte und eines effektiven Anlegerschutzes. Diese Vorgaben waren nach der Finanzkrise des Jahres 2008 erstellt worden. Der Gesetzentwurf sieht Änderungen bei der Marktmissbrauchsregulierung vor, die durch neuartige Handelsplattformen und technologische Neuerungen wie dem Hochfrequenzhandel erforderlich werden. Unter anderem wird die Überwachung von Marktmissbrauch auf Warenderivatemarkte und bei Benchmarks verbessert. Außerdem werden die Meldepflichten von Emittenten

ausgeweitet und die Überwachungs- und Eingriffsbefugnisse der Aufsichtsbehörden gestärkt. Gleichzeitig vereinheitlichen und verschärfen wir die Möglichkeiten der Sanktionierung im Falle des Insiderhandels und der Marktmanipulation.

Europäisches System der Finanzaufsicht effizient weiterentwickeln. Wir forderten die Bundesregierung mit unserem Antrag auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Maßnahmen der drei in Folge der Finanzkrise geschaffenen Europäischen Aufsichtsbehörden (ESAs) transparent sind und dem europäischen Prinzip der Subsidiarität folgen. Sie sollen gleichzeitig den Proportionalitätsgrundsatz noch stärker beachten – und somit gerade kleine und mittlere Banken wie Volksbanken und Sparkassen nicht überfordern. Ebenso wollen wir, dass die ESAs die ihnen zugewiesenen Finanzmittel effizient nutzen, ihr Mandat nicht überdehnen und zentrale Forderungen auch auf Deutsch formulieren.

Aktuelle Stunde zum Stand der Aufklärung und die Konsequenzen des VW-Abgasskandals. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat diese Woche eine Aktuelle Stunde beantragt, in der die Konsequenzen des VW-Abgasskandals diskutiert wurde. Ursprünglich wollte die Koalition einen Antrag einbringen, der eine Verbesserung der Aussagekraft von Emissionstests und mehr Transparenz bei der Durchführung forderte. Ziel war dabei eine weitere Senkung von Kfz-Emissionen und zugleich eine Stärkung der deutschen Automobilindustrie. Durch die mittlerweile 3. Aktuelle Stunde zu diesem Thema (alle durch die Grünen beantragt), war es uns nicht möglich den Antrag im Plenum zu besprechen.



Wussten Sie schon...?

..., dass der Bundespräsident, der Bundesrat, das Bundesverfassungsgericht und der Deutsche Bundestag jeweils unterschiedlich gestaltete Bundesadler im Wappen nutzen?



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Daten und Fakten



Chemiebranche im Aufschwung. Der Commerzbank-Branchenreport Chemie prognostiziert für das Jahr 2016 Produktionszuwächse in der gesamten Branche. Besonders der Bedarf an höherwertigen Spezialchemikalien, die vor allem von mittelständischen Anbietern hergestellt werden, soll demnach um knapp 3 Prozent ansteigen. Neben der durch das industrielle Wachstum der Schwellenländer bedingten erhöhten Nachfrage nach höherwertigen Chemieprodukten sieht der Report insbesondere auch das hohe Niveau heimischer Forschungseinrichtungen sowie einem breiten einheimischen Abnehmerkreis, etwa aus der Kunststoffverarbeitung oder der Automobilindustrie, als Grund für diesen Zuwachs. Auch die mehrheitlich größeren Unternehmen der Sparte Grundstoffchemie sind durch den Ölpreiserückgang und die verstärkte Nutzung alternativer Ressourcen wieder wettbewerbsfähiger. Hier rechnet man entgegen der vergangenen Jahre, die durch Kapazitäts- und Produktionsrückgänge gekennzeichnet waren, wieder mit einem leichten Wachstum von 0,5 Prozent. (Quelle: Commerzbank-Branchenreport Chemie)

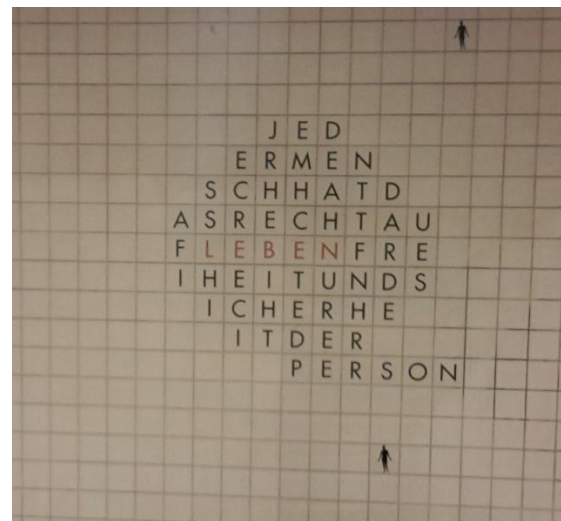
Neues aus Berlin

Eckpunkte der Bundes-CDU für die Integration von Schutzsuchenden mit Bleibeperspektive. Die CDU will mit einem Maßnahmenpaket die Integration von Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen vorantreiben, die dauerhaft in

unserem Land bleiben. Das hat der CDU-Bundesvorstand diese Woche beschlossen. Wer nicht schutzberechtigt ist, muss unser Land wieder verlassen. Individuelle Integrationsanstrengungen sollen enger mit aufenthaltsrechtlichen Fragen verknüpft werden. Kernaussagen sind:

- Daueraufenthaltsrecht nur bei nachweislichen Integrationsanstrengungen
- Wer nicht schutzbedürftig und integrationsunwillig ist, muss unser Land wieder verlassen.
- Stärkere Auflagen für Schutzsuchende, die ihren Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten können.
- Integrationskurse mit den darin enthaltenen Sprach- und Orientierungskursen müssen in ausreichender Zahl und Qualität angeboten werden.
- Allgemeine und berufsbezogene Sprachförderung sollen künftig noch besser miteinander verzahnt werden.
- Es müssen verstärkt spezielle Integrationskurse mit Alphabetisierung angeboten werden.

Das gesamte Eckpunktepapier finden Sie im Anhang an dieses Newsletters.



Konstituierende Sitzung des Bundefachausschusses für Arbeit & Soziales der CDU. Unter der Leitung von Generalsekretär Dr. Peter Tauber hat sich diese Woche der Bundefachausschuss Arbeit und Soziales der CDU Deutschlands konstituiert, in dem auch ich Mitglied bin. Dem rund 40-köpfigen Gremium



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



gehören Vertreter der Landesverbände und Vereinigungen an. Aufgabe des Bundesfachausschusses ist es, CDU-Positionen in der Arbeits- und Sozialpolitik auszuarbeiten. Dabei stehen vor allem die bessere und schnellere Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen sowie die Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf den Arbeitsmarkt und die sozialen Sicherungssysteme im Mittelpunkt. Zudem will sich der Bundesfachausschuss mit der besseren Inklusion von Menschen mit Behinderungen insbesondere am Arbeitsmarkt befassen. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Digitalisierung der Arbeitswelt.

Aus dem Wahlkreis

Schlachteessen der CDU-Cremlingen. Am 29. Januar 2016 war ich Gast beim ersten Schlachteessen des Cremlinger CDU Ortsverbandes. Im Hofcafé Reuer wurde der Abend durch Volker Brandt, den Vorsitzenden des CDU-Ortsverbandes Cremlingen, eröffnet. Die Gemeinschaft erfreute sich an Spezialitäten vom Schwein, das eigens für diesen Anlass auf dem Hof Reuer gemästet worden war. Thema des Abends war neben der kommenden Kommunalwahl auch die aktuelle politische Situation im Bundestag.

Jahresauftakt der CDA Niedersachsen. Am 30. Januar fand die Klausurtagung zum Jahresauftakt der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft Niedersachsen in Visselhövede statt. Hier wurden die Ziele für das Jahr 2016 formuliert: Wichtig ist die Integration der Flüchtlinge durch Sprachförderung, Bildung und Teilhabe am Arbeitsmarkt; sowie eine generelle Drosselung der Flüchtlingszahlen, um sich bei der Integration verstärkt auf Menschen mit dauerhafter Bleibeperspektive konzentrieren zu können. Am zweiten Tag der Tagung haben wir in Hannover insbesondere über die Folgen der VW-Abgasaffäre gesprochen.

Politischer Aschermittwoch der CDU-Wolfenbüttel. Am 10. Februar fand der politische Aschermittwoch des CDU-

Kreisverbandes Wolfenbüttel im Salzdahlumer Kammerkrug statt. Prominenter Gastredner war der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU Bundestagsfraktion Michael Grosse-Brömer, den wir für diese Veranstaltung gewinnen konnten. Thematisch ging es um die Erfolge der Großen Koalition, die Flüchtlingskrise sowie Themen im Landkreis. Musikalisch begleitet wurde der Abend vom Blasorchester des MTV Wolfenbüttel. Mit über 90 Gästen, war die Traditionsveranstaltung ein großer Erfolg.



Michael Grosse-Brömer, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU Bundestagsfraktion und Uwe Lagosky, MdB

Besuchergruppen in Berlin

Konfirmandengruppe aus Groß-Dahlum zu Besuch in Berlin. Am Freitag dem 05. Februar besuchte die Konfirmandengruppe aus Groß Dahlum den Deutschen Bundestag. Meine Mitarbeiter nahmen die Gäste in Empfang und sprachen mit ihnen über verschiedensten Themen. Zum Beispiel über die Berliner Stadtgeschichte, die aktuelle Flüchtlingsthematik sowie über den öffentlichen Nahverkehr. Auch das Abwandern der jungen Menschen aus den Dörfern in die Ballungsräume in Deutschland, war Gegenstand des Gesprächs. Meine Mitarbeiter informierten die aufmerksamen Zuhörer über die Ausschussarbeit sowie die Arbeitsweise des Parlaments. Im Anschluss daran gab es eine kleine Führung durch den Bundestag.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

CDU





Die Führung endete im Untergeschoss des Reichstags von wo aus es mit dem Fahrstuhl auf die Fraktionsebene ging. Zum Abschluss besichtigte die Gruppe die die Kuppel des Reichstages, von wo aus sich den Konfirmanden ein Blick über die Hauptstadt bot.

Zum Schluss, doch nicht das Letzte

Schwerbehindertenvertretungen stärken – Neuregelung noch in diesem Jahr. Die Unionsfraktion des Deutschen Bundestages hat am Donnerstag den 18. Februar 2016 gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund über die Zukunft der Schwerbehindertenvertretungen beraten. Teilnehmer an dem Gespräch war unter anderem Helmut Greiner, Schwerbehindertenvertreter bei VW Salzgitter.

Schwerbehindertenvertreter sind die Ansprechpartner und Interessenvertreter für alle schwerbehinderten Beschäftigten in einem Betrieb bzw. für die Betriebsführung. Sie kümmern sich um die betriebliche Wiedereingliederung von erkrankten Mitarbeitern, sie wirken darauf hin Arbeitsplätze für Mitarbeiter mit Behinderungen barrierefrei zu gestalten oder begleiten Antragsverfahren. Viel Zeit investieren sie vor allem in Bemühungen, die von Behinderung bedrohten Mitarbeiter im Arbeitsprozess zu halten. Unter diesen sind immer mehr Kolleginnen und Kollegen mit psychischen Erkrankungen.

Bereits seit 2004 sind Arbeitgeber verpflichtet, länger erkrankten Beschäftigten ein Betriebliches Eingliederungsmanagement anzubieten. Durch frühzeitige Intervention werden die individuellen Chancen den Arbeitsplatz zu behalten gesichert.

Der Einsatz lohnt sich für die Unternehmen: Die Kosten für Produktionsausfälle aufgrund psychischer Belastungen betragen jährlich rund sechs Milliarden Euro. Damit führen sie zu einer Minderung der Bruttowertschöpfung um 10,5 Milliarden Euro.



v.l.n.r.: Helmut Greiner, Schwerbehindertenvertreter bei VW Salzgitter, Uwe Schummer, Beauftragte für Menschen mit Behinderungen der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Annelie Buntenbach, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB, Uwe Lagosky, MdB

Psychische Störungen sind bei 42,7 Prozent der Beschäftigten die Ursache für Frühverrentungen. 20 Prozent der Beschäftigten in Werkstätten haben eine psychische Behinderung – Tendenz steigend. Schon heute werden die Haushalte der Länder und Kommunen dadurch mit über einer Milliarde Euro pro Jahr für Eingliederungshilfe belastet. Im Koalitionsvertrag besteht die Einigung, Schwerbehindertenvertretungen zu stärken. Es ist wichtig, dies noch dieses Jahr umzusetzen. Wir unterstützten die Forderung nach besserer Freistellung für die Vertrauenspersonen in Betrieben mit mehr als 100 schwerbehinderten Beschäftigten. In Zeiten des Fachkräftemangels können Schwerbehindertenvertretungen effizient dazu beitragen, Ausfallzeiten zu verkürzen und erfahrene Mitarbeiter zu halten. Sie helfen damit den Unternehmen, enorme Kosten zu sparen.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

